

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM

Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Deutsch statt Französisch 12.01.2017



LUXEMBURG (Eigener Bericht) - Eine Debatte über die Aufwertung des Luxemburgischen (Lëtzebuergesch) und eine damit verbundene Abwertung des Französischen im offiziellen Sprachgebrauch begleitet den heutigen Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Luxemburg. Eine aktuelle Petition fordert, das Luxemburgische zur Ersten Amtssprache zu erheben. Kommt es dazu, dann müssten unter anderem die Gesetze des Landes vollständig aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt werden; die Abkehr von Frankreich und die Hinwendung zu Deutschland würden ein weiteres Stück voranschreiten. Der deutsche Einflusskampf um Luxemburg ist alt; zweimal hat er zur Okkupation des Landes geführt. Ungeachtet der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg hat die Bundesrepublik schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen, ihren Einfluss wieder auszubauen - zunächst ökonomisch, dann politisch.

Erste Besetzung

Das Großherzogtum Luxemburg, 1815 auf dem Wiener Kongress gegründet, ist von Anfang an systematischer deutscher Einflussnahme ausgesetzt gewesen. Da es dem Deutschen Bund angehörte, konnte das Königreich Preußen nicht nur eine Garnison in der Hauptstadt unterhalten, sondern sich bald auch in die luxemburgische Innenpolitik einmischen. Ab 1871 wurde das Großherzogtum in den Zollraum des Deutschen Kaiserreichs integriert. Trotz seines erheblichen Einflusses strebte Berlin nach mehr - und ließ im August 1914 unter Bruch des Neutralitätsvertrags von 1867 und des Zusatzabkommens von 1871 deutsche Truppen in Luxemburg einmarschieren. Die deutsche Besatzungsmacht ließ die luxemburgische Zivilverwaltung im Allgemeinen ungestört weiterarbeiten [1] - unter anderem, weil Großherzogin Maria-Adelheid von Luxemburg (im Amt von 1912 bis 1919) "deutschfreundlich" agierte [2]. Ziel der kaiserlich-deutschen Regierung war es, den besetzten Staat nach dem Krieg als Bundesland in das Deutsche Reich einzugliedern. Nach der Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg musste die Großherzogin aufgrund ihrer gescheiterten prodeutschen Politik abdanken. Luxemburg löste darüber hinaus die bis dahin bestehende Zollunion mit dem Deutschen Reich auf und ging die belgisch-luxemburgische Zollunion ein: eine zusätzliche Niederlage für Berlin.

Germanisierungspolitik

Bereits in den 1920er Jahren begann das Deutsche Reich erneut, seinen Einfluss auf Luxemburg auszuweiten - zunächst auf ökonomischem Wege. Mit der Entscheidung für den Krieg setzte Berlin zum zweiten Mal auf Okkupation; ohne Kriegserklärung besetzte die Wehrmacht 1940 erneut das Großherzogtum. Langfristiges Ziel war erneut die Eingliederung des Gebiets in das Reich. Diesmal übernahm Berlin die luxemburgische Zivilverwaltung und setzte NSDAP-Gauleiter Gustav Simon (Moselland) zu deren Leiter ein. Während die deutschen Besatzer Massenverbrechen an den luxemburgischen Juden begingen und junge Luxemburger zwangsrekrutierten (german-foreign-policy.com berichtete [3]), trieb Simon die "Germanisierung" des Landes voran. Er war der Ansicht, sollte der "französische Firnis" als Zeichen für die "äußere Verwelschung des Landes" sich beseitigen lassen, dann werde das darunter verborgene "Deutschtum" offen zutage treten. Unter Simon erhielten Luxemburger, die sich zum "Deutschtum" bekannten, bevorzugt Stipendien und Ausbildungsbeihilfen, genossen Erleichterungen beim Abitur und beim Zugang zu Universitäten.[4] Die deutschen Besatzer änderten frankophone Namen in deutsche, versuchten die Baskenmütze aus dem öffentlichen Leben zu verbannen und beabsichtigten französische Wörter aus der lokalen Sprache zu tilgen.[5] Ende 1944 befreiten die Westalliierten Luxemburg; die deutsche Besatzung endete erneut.

"Re-Nationalisierung"

Der seit den 1950er Jahren zum dritten Mal rasch erstarkende deutsche Einfluss wuchs diesmal im Rahmen von Integrationsmechanismen wie der EGKS und der EWG. Das Großherzogtum wurde dabei zu einem bedeutenden Standort "europäischer" Institutionen. In den 1960er und frühen 1970er Jahren galt es als kosmopolitisches Vorbild Westeuropas. Doch die Stimmung kippte Ende der 1970er Jahre: Damals setzte eine "Re-Nationalisierung" im luxemburgischen Bildungssektor ein.[6] Lehrbücher konzentrierten sich fortan vermehrt auf die eigene Geschichte und weniger auf größere internationale Zusammenhänge. Als konservative Hinwendung zu einer eigenen Identität rückte auch die Sprachenfrage vermehrt ins öffentliche Bewusstsein. 1984 wurde ein Sprachengesetz eingeführt, das Luxemburgisch zur Nationalsprache erklärte; Gesetze wurden aber weiterhin auf Französisch verfasst.

Eng vernetzt

Während im Großherzogtum eine Hinwendung zum Luxemburgischen erfolgte, begann

die Bundesrepublik, ihren bisher insbesondere ökonomisch fundierten Einfluss nun auch kulturpolitisch und über politische Einflussorganisationen zu intensivieren. Ende der 1970er Jahre wurde - die Tatsache nutzend, dass nicht wenige Deutsche bei europäischen Institutionen in Luxemburg tätig waren - ein CDU/CSU-Freundeskreis gegründet, dem mittlerweile eine dreistellige Zahl an Mitgliedern angehört, und zwar keineswegs nur deutsche Staatsbürger. Seit 1980 gibt es ein bilaterales deutsch-luxemburgisches Kulturabkommen - ein vergleichsweise später Durchbruch: Luxemburg hatte ähnliche Abkommen mit Frankreich und Belgien schon rund 60 Jahre früher abgeschlossen.[7] 1995 wurde auf Betreiben des damaligen deutschen Botschafters der "Deutsche Verein in Luxemburg" gegründet, der mittlerweile mehr als 300 Mitglieder hat und auf politische und kulturpolitische Debatten im Lande Einfluss zu nehmen sucht. Im Jahr 2007 eröffnete ein deutsch-luxemburgisches Schulprojekt, das "Schengen-Lyzeum", im grenznahen saarländischen Perl. Rund 800 Schülerinnen und Schüler erhalten dort Unterricht von Lehrkräften aus beiden Ländern, teils in französischer und luxemburgischer Sprache, vorwiegend allerdings in Deutsch. Im Jahr 2015 hat der erste Jahrgang dieser Schule sein Abitur abgelegt - nach deutschen Standards, die dem luxemburgischen Diplôme de fin d'études secondaires entsprechen.[8] Die Anbindung an Deutschland schreitet voran: Am 8. Mai 2013 ist in Luxemburg das Max-Planck-Institut für europäisches und internationales Verfahrensrecht eingeweiht worden - das erste juristische Max-Planck-Institut außerhalb der Bundesrepublik. Es ist Teil der deutschen Max-Planck-Gesellschaft, wird aber vom Großherzogtum mitfinanziert.

Deutschlands "treuester Vasall"

Seit der Amtszeit des langjährigen luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker (im Amt von 1995 bis 2013), derzeit EU-Kommissionspräsident und von Kritikern als "Deutschlands treuester europäischer Vasall" bezeichnet [9], tritt der starke deutsche Einfluss sowie eine gewisse Abkehr vom Französischen zunehmend auch in symbolischen Maßnahmen und auf der Ebene der internationalen Kooperation zutage. Juncker hielt 1999 zum ersten Mal die alljährliche Rede zur Lage der Nation nicht auf Französisch, sondern auf Luxemburgisch; das wird bis heute so gehalten.[10] Seit 2010 nimmt Luxemburg darüber hinaus an regelmäßigen Treffen der deutschsprachigen Staaten teil (Deutschland, Österreich, Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg). Das Format dient nicht zuletzt dazu, die deutsche Dominanz in Europa auszubauen und den Einfluss Frankreichs zurückzudrängen.[11]

Punktsieg gegen Paris

Während die deutsche Kanzlerin am heutigen Donnerstag in Luxemburg politische Verhandlungen führt, wird im Großherzogtum über einen weiteren Schritt weg von Paris, hin zu Berlin diskutiert: über die Aufwertung des Luxemburgischen [12] zur Ersten Amtssprache, die eine aktuelle Petition fordert. Die Kampagne richtet sich vor allem gegen Französisch sprechende Arbeitskräfte im Land. Französisch gilt in Luxemburg auch als Sprache der Dienstleistung: "Die Ausländer lernen zu wenig Luxemburgisch", heißt es im Deutschlandfunk; betrete man ein Geschäft oder ein Restaurant, werde man in französischer Sprache bedient.[13] Lucien Welter, der Initiator der aktuellen Petition, erklärte gegenüber der lokalen Presse: "Wenn wir nichts tun, stirbt unser Luxemburgisch. Es ist Zeit, etwas zu tun".[14] Nach der erhofften Annahme der Petition will Welter als ersten Schritt alle Gesetze des Landes aus dem Französischen ins Luxemburgische übersetzen lassen.[15] Das Zurückdrängen des Französischen wäre ein weiterer Punktsieg für Berlin bei der Durchsetzung seiner Dominanz in der EU gegen Paris.

[1] Richard Dietrich: Deutsch-luxemburgische Beziehungen 1815–1945, in: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht, Jg. 6 (1957/58), S. 183-197 (hier: S. 193).

[2] Ebenda, S. 194.

[3] S. dazu [Deutsche Finanzprofiteure](#) .

[4] Hans-Erich Volkmann: Luxemburg im Zeichen des Hakenkreuzes. Eine politische Wirtschaftsgeschichte 1933–1944, Paderborn/München/Wien/Zürich 2011, S. 187–188.

[5] Willard Allen Fletcher: The German Administration in Luxembourg 1940-1942: Toward a 'De Facto' Annexation, in: The Historical Journal, Jg. 13, Nr. 3 (1970), S. 533–544 (hier: S. 542).

[6] Anne Rohstock/Thomas Lenz: The Making of the Luxembourger: Histories of Schooling and National Identity in the Grand Duchy, in: Encounters on Education, Jg. 12 (2011), S. 61–76 (hier: S. 70).

[7] Gilbert Trausch: Luxemburg als Nachbar Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, in: Klaus Schwabe/Francesca Schinzing (Hgg.): Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert Teil 2: Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1994, S. 213–240 (hier: S. 239).

[8] Luxemburg: Beziehungen zu Deutschland. auswaertiges-amt.de 08/2016.

[9] S. dazu [Deutsche Finanzprofiteure](#) .

[10] Tonia Koch: Petitionen Pro und Contra Mehrsprachigkeit. deutschlandfunk.de 28.12.2016.

[11] S. dazu [Im Herzen Europas](#) .

[12] Die luxemburgische Sprache oder auch Lëtzebuergesch (Luxemburgisch) ist eine moselfränkische Sprachvarietät des Westmitteldeutschen. Unter Experten wird gestritten, ob es sich um eine eigene Sprache oder um einen Dialekt des Deutschen handelt.

[13] Koch: Petitionen Pro und Contra Mehrsprachigkeit.

[14] "Wenn wir nichts tun, stirbt Luxemburgisch". lessentiel.lu 15.09.2016.

[15] Malte Pieper: Widerstand gegen EU-Zuwanderer wächst, deutschlandfunk.de 07.12.2016.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com